

Proteste in der Türkei: Polizei geht brutal gegen Tausende vor!

In der Türkei wurden über 340 Menschen bei Protesten gegen die Festnahme des Istanbul Bürgermeisters Imamoglu verhaftet.

Istanbul, Türkei - In der Türkei hat die Polizei bei landesweiten Protesten am Freitagabend mehr als 340 Menschen festgenommen. Diese Demonstrationen fanden in mehreren Großstädten, darunter auch Istanbul und Ankara, statt. Hintergrund der Proteste ist die umstrittene Festnahme des Istanbul Bürgermeisters Ekrem Imamoglu, die am Mittwoch erfolgte. Innenminister Ali Yerlikaya gab bekannt, dass insgesamt 343 Personen in Verbindung mit den Protesten festgenommen wurden, nachdem zuvor 97 Festnahmen gemeldet worden waren. Die Polizei setzte Gummigeschosse und Pfefferspray gegen die Demonstranten ein, was zur Verletzung von mindestens zwei Journalisten der Nachrichtenagentur AFP führte. Imamoglu steht unter Verdacht, in Korruption und Terrorismus verwickelt zu sein, während er die Ermittlungen als „politischen Putsch“ bezeichnete und zur Unterstützung aufrief. Er soll heute einem Gericht vorgeführt werden.

Die Proteste sind eine Reaktion auf die Festnahme von Imamoglu, die von den Behörden als erforderliche Maßnahme zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung dargestellt wird. Laut Berichten der **Die Presse** haben sich in Istanbul bis zu 300.000 Menschen an den Protesten beteiligt, trotz eines offiziellen Demonstrationsverbots. Teilnehmer aus verschiedenen politischen Parteien haben sich versammelt, um

Solidarität mit Imamoglu zu zeigen und für die Demokratie einzutreten. Präsident Recep Tayyip Erdogan wird beschuldigt, die Justiz gegen den Bürgermeister zu missbrauchen.

Gewalt und Repression

Die Polizei setzte in verschiedenen Städten, darunter auch Izmir, gewaltsame Mittel wie Tränengas, Pfefferspray und Wasserwerfer gegen die Protestierenden ein. In Izmir kam es ebenfalls zu Zusammenstößen zwischen den Sicherheitskräften und den Demonstranten. Justizminister Yilmaz Tunc bezeichnete die Protestaufrufe als rechtswidrig, während der Vorstand der Istanbuler Anwaltskammer wegen „Terrorpropaganda“ entlassen wurde, was auf eine weitere politische Repression hinweist.

Die Festnahme Imamoglus fand während einer Razzia in seinem Haus statt und erfolgt vor dem Hintergrund eines zunehmenden Drucks auf die Opposition. In einem weiteren besorgniserregenden Schritt wurden 56 Social-Media-Nutzer unter dem Vorwurf der Anstiftung zu Unruhen festgenommen. Diese Entwicklungen sind Teil eines größeren Musters von Repressionen in der Türkei, das in den vergangenen Jahren dokumentiert wurde, wie etwa in dem Bericht von **Amnesty International**, in dem die systematische Diskriminierung und die Unterdrückung von politischen Gegnern thematisiert wird.

Imamoglu, der als Rivale Erdogans gilt und als möglicher Präsidentschaftskandidat für 2028 gehandelt wird, wurde am Mittwoch nach seiner Festnahme, die mit Korruption, Erpressung und Unterstützung von Terrorismus in Verbindung gebracht wird, scharf kritisiert. Viele Oppositionelle sehen die Maßnahmen der Regierung als einen Versuch, einen politischen Konkurrenten auszuschalten und die Demokratie in der Türkei weiter zu untergraben.

Während die Proteste in Istanbul, Ankara und Izmir anhalten, bleibt die internationale Gemeinschaft aufmerksam und besorgt über die Entwicklungen. Erdogan bezeichnete die

Demonstrationen bereits als „Straßenterror“ und warnte vor möglichen Störungen der öffentlichen Ordnung.

Details	
Vorfall	Protest
Ursache	Terror- und Korruptionsvorwürfe, Demonstrationsverbot
Ort	Istanbul, Türkei
Verletzte	2
Festnahmen	399
Quellen	• www.zvw.de • www.diepresse.com • www.amnesty.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de